

Eupen, 13.11.2017

Offener Brief an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kritische Fragen zur politischen Bildung

Ja, ich bin enttäuscht. Und ja, ich bin traurig. Enttäuscht und traurig, dass meine Arbeitsstelle an der AHS von der Regierung nicht verlängert wurde. Dass ich die Projekte, die ich zwei Jahre lang entwickelt habe und die Netzwerke, die ich zwei Jahre aufgebaut hab, nicht fortführen kann. Dass ich mit den vielen Kooperationspartner*innen die gemeinsamen Ideen nicht umsetzen kann. Dass ich mich für die Stelle weiterqualifiziert habe und es hier nicht mehr anwenden kann.

Aber mein persönliches Empfinden soll hier nicht im Vordergrund stehen. Ich möchte es aber auch nicht verheimlichen, der Transparenz halber. Mir geht es vielmehr um Fragen. Fragen zur politischen Bildung und zum Demokratieverständnis der Regierung. Fragen, die ich nicht mehr stellen kann, weil ich nicht mehr an der entsprechenden Stelle sitze. Diese Fragen, so glaube ich, sind gesellschaftlich für unsere Gegend relevant und ich hoffe, mehr kann ich hier nicht machen, dass sie deshalb über diesen Weg Gehör finden werden. Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt: Anlässlich der Haushaltsdebatten im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es der richtige Zeitpunkt das Thema einzubringen und zu diskutieren.

Politische Bildung ist wichtig. Das ist nicht so, weil Politiker*innen dies gern in Sonntagsreden beteuern, sondern weil, wie Oskar Negt (Soziologe) treffend sagte: Eine Demokratie muss Tag für Tag auf's Neue gelernt werden.

Wie wichtig demokratisches Verständnis und professionelle politische Bildung ist, wird dann gemerkt, wenn es fast zu spät ist. Wenn im Nachbarland rechte Parteien gewählt werden. Oder im eigenen. Oder wenn die Forsa-Studie 2014 herausfand, dass 31 Prozent der befragten Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft „Probleme beim Zusammenleben zwischen ‚Einheimischen‘ und ‚Ausländern‘ haben“. Oder 66 % glauben, dass heute bereits zu viele Zuwanderer hier wohnen. Und ein Drittel bereits Diskriminierung auf Grund der Herkunft im Alltag miterlebt haben. Wo bleibt hier der Aufschrei – oder die besonnene offene Diskussion?

Wir müssen also nicht weit schauen und sollten uns der großen Aufgabe bewusst sein, dass auch in unserem kleinen beschaulichen Ostbelgien die Menschenrechte nicht vom Baum fallen und elementare Grundlagen unserer Verfassung keine Selbstverständlichkeit sind. Aus diesem Grund wurde im Jugendstrategieplan der Ministerin Weykmans auch politische Bildung als Schwerpunkt gesetzt. Warum dort und nicht auch im gesamten Bildungsbereich? Warum wurde eine Stelle an der AHS für die politische Bildung geschaffen und nach zwei Jahren wieder abgeschafft? Warum durfte das im Rahmen der

Forschungsarbeit erstellte Konzept zur politischen Bildung für die Region nicht mit den entsprechenden Akteur*innen besprochen werden, wie vorgesehen? Warum gab es sogar eine E-Mail und ein Schreiben des Bildungsministers mit dem Verbot die geplante Konzertierung mit anderen Organisationen durchzuführen? Man stelle sich einmal vor, ein solches Schreiben würde von dem NRW-Bildungsminister an die Uni Köln versendet... Warum durfte die reorganisierten Studiengänge „Abitur auf dem 2. Bildungsweg“ und „Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften“ keinen Unterricht „politische Bildung“ einführen, obwohl so von der Hochschule gewünscht? Warum wurde die Untersuchung des RdJ zu Bürgerkunde in ostbelgischen Sekundarschulen mit Umfragen bei den Schüler*innen als irrelevant abgekanzelt? Warum wurden die Wünsche der jungen Menschen nicht ernst genommen und zumindest einmal ausführlicher diskutiert - Stichwort Partizipation, wie so gern in der Jugendpolitik gefordert? Ob es schlussendlich zu einem Fach Bürgerkunde an unseren Schulen kommen soll oder nicht, kann ja offen, demokratisch debattiert werden. Man kann sicherlich Pro- und Contraargumente finden, gewinnbringend für unsere Demokratie wäre ein solcher Diskurs allemal - Stichwort Bürgerbeteiligung. Warum kam die Anweisung aus dem Kabinett, den Absatz zum Fach Bürgerkunde aus dem Konzept zur politischen Bildung zu streichen? Was sind die tatsächlichen Beweggründe der Regierung? Angst vor mündigen Bürgern, die die politische Bildung zum Ziel hat, wird es wohl nicht sein. Oder?

Und ganz perfide: Warum wurde dann doch ein solcher Unterricht einzig und allein für den Integrationsparcours eingerichtet, eine Pflichtveranstaltung für Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in Belgien? Ist das eine Diskriminierung all der Schüler*innen und Studierenden, die sich ein solches Unterrichtsfach eigentlich wünschen? Oder ist dies gar Ausdruck von rassistischen Vorstellungen über DEN Migranten, der einen solchen Unterricht nötiger hat als die schlauen und gebildeten „echten“ Ostbelgier*innen? Übertriebene Schlussfolgerung? Ich empfehle hier aktuelle Literatur im Bereich der politischen Wissenschaften zu Rassismuskritik.

Und warum ist bisher im Konzept der Regierung gegen Radikalisierung lediglich das Thema religiös motivierter Extremismus weiter ausgeführt und Rechtsextremismus auf später vertagt, obwohl im entsprechenden Beirat und bei der Konzeptentwicklung die polizeilichen Behörden betonten, dass es organisierte Nazis in der Region gibt, dass man auch bei uns in der Region nicht auf dem rechten Auge blind sein darf und dass es hier eine kleine, aber aktive und über die Grenzen hinweg vernetzte Szene gibt? Warum liegt derzeit NUR der politische Fokus auf den politischen Salafismus und Djihadismus? Gibt es da Gründe, die nicht transparent gemacht wurden? Das eine schließt das andere ja nun nicht aus!

Und in diesem Zusammenhang gerne gebracht das Thema „Interkulturelles“. Es ist wichtig und richtig, dass interkulturelle Kompetenzen gefördert werden. Dass sensibilisiert wird. Dass das Thema sichtbar wird als Teil unserer gesellschaftlichen Realität. Es war eigentlich höchste Zeit, dass die Vermittlungs- und Unterstützungsstrukturen, die seit Jahren unterfinanziert oder prekär arbeiteten, nun abgesichert wurden. Allerdings bleibt es bei der einseitigen Sicht auf die KulturDIFFERENZEN, auf die vermeindlich ANDEREN. Der Blick auf uns selbst und wie wir unsere Gesellschaft offen und möglichst diskriminierungsfrei entwickeln können, wird mehr oder weniger ausgeblendet. Die ANDEREN müssen erst einmal... Abgesehen davon, dass dieses Thema nur eines von vielen relevanten innerhalb der politischen Bildung ist.

Warum also hat gerade nur die Interkulturalität jetzt eine solche politische Hochkonjunktur? Warum wurden parallel Stellen im Ministerium und beim Roten Kreuz geschaffen? Wo bleiben beispielsweise Themen wie Hate speech, wie Vorurteile, Stereotype, Rassismus, feministische Fragen, Themen wie soziale Gerechtigkeit, Armut, Diskriminierung, wie Veralterung unserer Gesellschaft, Teilhabe aller Menschen hier in der Region? Wo bleiben die wissenschaftlich fundierten Konzepte und Entwicklungsziele in der politischen Bildungsarbeit? Was hindert die Regierung wirklich? Welche Interessen hat sie? Wer ist hier Meinungsmacher*in?

Das sind viele Fragen. Für mich sind es elementare Fragen unseres Zusammenlebens. Und meine Hoffnung ist nun, dass dieser offene Brief an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens inhaltlich in Gänze ernst genommen wird. Ich hoffe, dass jede einzelne Frage klar beantwortet wird. Und wo es keine klare Antwort gibt, dass sie zumindest offen, transparent und sachlich diskutiert werden. Und ich hoffe, dass der Brief den ein oder die andere Leser*in zum Nachdenken anregt. Dies wäre dann schon ein kleiner Akt der politischen Meinungsbildung.

Nina Reip